

Landkreditkonto entlastet

Grundstücke Liegenschaften im Gesamtwert von rund 86 Millionen Franken befinden sich derzeit auf dem Landkreditkonto. Normalerweise dürfen sich im Landkreditkonto jedoch nur Liegenschaften im Gesamtwert von 80 Millionen Franken befinden. Das Konto ist deshalb blockiert und die Regierung hat ihren Spielraum verloren, um in Eigenregie schnell und relativ unkompliziert Liegenschaften zu kaufen. Daher hat die Regierung dem Grossen Rat den Antrag gestellt, zwei Grundstücke aus dem Landkreditkonto ins übrige Finanzvermögen zu überführen. Dieses Anliegen heisst das Parlament ohne Diskussion und einstimmig gut. Das Problem ist damit aber nicht abschliessend gelöst, eine umfassende Betrachtung des Landkreditkontos will die Regierung noch an die Hand nehmen. *(sba)*

Den minimalen Ansatz gewählt

Krankenkasse Die erste Lesung zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes verläuft am Mittwoch ohne Diskussion. Beim Geschäft geht es um die Umsetzung von Bundesrecht – es verpflichtet den Thurgau zu einer Zulassungsbeschränkung für Ärzte. Der Kanton erlässt eine Beschränkung aber nur für die plastische Chirurgie im ambulanten Bereich, wenn Leistungen über die obligatorische Krankenversicherung abgerechnet werden. Die Regierung beschränkt sich bewusst auf eine minimale Umsetzung der Bundes-Vorgaben, um keinen Ärztemangel zu riskieren. *(sba)*

Gsaat isch gsaat

«Wie einen Pudding an die Nand wagen.» Felix Meier (SP, Romanshorn) verhaspelt sich bei Ausführungen über den Wandel der deutschen Sprache.

«Die Trainerdiskussion konnte etwas entschärft werden.» Grossratspräsident René Walther (FDP, Arbon) ist froh, dass Ratskollege Konrad Brühwiler den FC Grosse Rat zum Sieg am Sântis-Cup gecoacht hat.

«Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bin jetzt auch hier.» Hans Eschenmoser (SVP, Weinfelden) muss sich für seine Verspätung entschuldigen. *(sba/sts)*

Genderstern spaltet Parlament

Am Mittwoch hat der Grosse Rat über ein Genderstern-Verbot diskutiert – mit denkbar knappem Resultat.

Viviane Vogel

«Ich denke, ich habe in meinem Leben mehr mit schwulen und lesbischen Personen zu tun gehabt als viele andere. Ich liebe diese Leute», sagt Oliver Martin (SVP, Mattwil). Er antwortet damit auf den Vorwurf seines Ratskollegen Marcel Preiss (GLP, Weinfelden), wonach Martin nach Motiven der Ausgrenzung handeln würde.

Martin fordert mit drei Ratskolleginnen und -kollegen von Mitte, EVP und Grünen zum einen, dass Sonderzeichen innerhalb von Wörtern in öffentlichen und amtlichen Dokumenten im Thurgau gesetzlich verboten werden. Zum anderen sollen staatliche Schulen auf die Gendersprache sowohl schriftlich als auch mündlich verzichten müssen. Lehrpersonen dürfen demnach weder einen Genderstern schreiben noch beim Aussprechen eine kurze Pause einsetzen bei Wörtern wie «Lehrerinnen».

Martin will damit gemäss eigener Aussage die Thurgauer Kinder schützen. Er habe in gewissen Schulen beobachtet, dass Schularbeiten mit Notenabzug bestraft wurden, wenn keine Gendersprache verwendet wurde. Gleichzeitig bewertet der Rat der deutschen Rechtschreibung Sonderzeichen innerhalb von Wörtern als nicht zulässig. An diesem Rat orientieren sich auch die Schweizer Lehrmittel. Martin fragt: «Wieso sollen unsere Kinder das dann lernen müssen?»

In ihrer Antwort verweist die Regierung auf die Schreibweisen für die Kantonale Verwaltung Thurgau, in der «die Verwendung optischer Mittel wie Genderstern, Binnen-I, Gendergap oder Doppelpunkt nicht zulässig» ist. Die Diskussion fokussiert sich deshalb auf Gendersprache an den Thurgauer Volksschulen.

Motionärinnen fordern eindeutige Vorgaben

Auch Motionär Franz Eugster (Mitte, Bischofszell) zitiert Praxiserfahrungen: «Als Seklehrer beobachte ich, dass die Gendersprache die Schülerinnen und Schüler irritiert.» Sie verkompliziere den Sprachgebrauch, während gleichzeitig die Kompetenzen im Lesen und Schreiben abnehmen. Eugster findet, die Gendersprache solle nicht tabuisiert werden, doch «durch die ständige Verwendung rückt sie zu sehr in den Fokus».



Die Motionärinnen und Motionäre wollen Sonderzeichen in Wörtern explizit verbieten.

Bild: Sebastian Gollnow / DPA



Oliver Martin, SVP, Mattwil.
Bild: Ralph Ribi



Marion Sontheim, SP, Bottighofen.
Bild: Marius Eckert

Die Motionärinnen Brigitta Engeli (Grüne, Kreuzlingen) und Elisabeth Rickenbach (EVP, Thundorf) betonen beide, dass es explizite Bestimmungen brauche, auch wenn der Rat der deutschen Rechtschreibung Orientierung bietet. Engeli sagt: «Da das Thema so emotional aufgeladen ist, tun wir allen einen grossen Gefallen, wenn wir den Schulen klare Vorgaben geben.» Diese würden allen Beteiligten unnötige Diskussionen ersparen, an deren Schluss es laut Engeli immer nur Verlierer gibt.

Rickenbach sagt: «Unsere Motion verhindert nicht, dass die Gendersprache mit den Schulkindern oder Studentinnen und Studenten gezielt thematisiert werden kann.»

Für Christian Caviezel (EDU, Tägerwilen) ist die

sprachliche Ebene jedoch nicht so klar vom Inhalt zu trennen. «Die Sprache ist zwar im Wandel, aber wir sind es, die den Wandel bewirken.» Für ihn und die EDU/Aufrecht-Fraktion führt Gendersprache zu mehr Diskriminierung: «Ich fühle mich in meiner Überzeugung des binären biologischen Geschlechts diskriminiert, und es ist weder modern noch innovativ, mit Schreibweisen ganze Generationen neu prägen zu wollen.» Auch Caviezel befürchtet eine Verunsicherung der Thurgauer Kinder.

Uneinigkeit über verunsicherte Jugendliche

Marion Sontheim (SP, Bottighofen) nimmt den Ball auf: «Meine beiden jugendlichen Söhne sind tatsächlich zutiefst verunsichert

– weil die Gletscher schmelzen und weil sich Kriege ausbreiten.» Sie vermutet hinter Caviezels Votum die Furcht, dass nonbinär oder homosexuell werden könnte, wer sich damit befasst. Sontheim hält sie für unbegründet: «Ich habe in der Schule etwas über den zweiten Weltkrieg gelernt. Trotzdem bin ich nicht in Polen einmarschiert.»

Und auch Reto Ammann (GLP, Kreuzlingen) stellt einen internationalen Vergleich an: «Wer in Nordkorea seine Sympathie für Südkorea ausdrücken will, benützt einen südlichen Akzent. Das ist strengstens verboten und führt nicht nur zu einem kurzen Gefängnisaufenthalt.» Wandel passiere und tue jeder Gesellschaft gut, weshalb es Ammann schade findet, wenn Sprache als Werkzeug oder gar Waffe dagegen eingesetzt werde. «Ich hoffe nicht, dass der Thurgau zum ersten Kanton der Schweiz wird, der vorschreibt, was sprachlich geht.»

«Das wäre nicht im Sinne des Parlaments»

Felix Meier (SP, Romanshorn) zweifelt an, dass ein Verbot überhaupt etwas nützen würde. Er sagt: «Zuerst war das Wort, dann die Grammatik und dann,

viel später, die Sprachpolizei. Doch die Sprache ist wie Wasser. Sie sucht und findet ihren Weg, da hilft kein Damm oder Verbot.»

Auch die FDP und die Regierung erachten ein Verbot als wenig zielführend. Claudio Bernold (FDP, Frauenfeld) sagt: «Die bestehenden Schreibweisen sind klar und verbindlich. Darin sind Sonderzeichen nicht benotungsrelevant.» Das neue Gesetz wäre ein Beispiel von Überregulierung, die Bernold vermeiden möchte. Zudem verweist er auf die Teilautonomie der Schulgemeinden: «Es steht ihnen frei, zusätzliche Regeln zu erlassen.» Regierungsrätin Denise Neuweiler gibt ausserdem zu Bedenken, dass eine Umsetzung «kaum überprüfbar wäre, ohne die Kontrolle der kantonalen Aufsicht auszubauen. Ich glaube, das wäre nicht im Sinne des Parlaments».

Dennoch wird es am Ende eng: Von den 123 anwesenden Ratsmitgliedern stimmen 61 gegen die Motion und 60 dafür. Die SVP stimmt bis auf zwei Stimmen geschlossen dafür. Ausgerechnet diese beiden Stimmen hätten im vorliegenden Fall das Genderstern-Verbot retten können.

ANZEIGE

Wenn Wunsch auf Wirklichkeit trifft.

Das freistehende Einfamilienhaus mit grossem Garten an ruhiger Lage und doch zentrumsnah – viele wissen genau, wie ihr Traumhaus aussieht. Doch wer beginnt, sich aktiv auf die Suche zu machen, merkt schnell: Die eigene Wunsch-

liste ist oft länger als das Marktangebot gross. Gerade im Thurgau werden solche Traumhäuser immer seltener. Wer realistisch plant, hat deshalb bessere Chancen, etwas Passendes zu finden. Doch was muss man von der Wunschliste streichen? Ist die zentrumsnahe Lage wichtiger als der Garten? Lieber Altbau mit Charakter oder Neubau mit Smart Home? Solche Überlegungen sind entscheidend

– und gewisse Kompromisse oft unvermeidbar. Und trotzdem: Der Wohntraum ist erreichbar – ohne dass man sich komplett verbiegen muss.

Wie sich der Wohntraum mit der Realität vereinen lässt, hören Sie in der aktuellen Podcastfolge von Formel F – mit ehrlichen Einblicken in den Markt und praktischen Tipps für Ihre Haussuche.



FLEISCHMANN
Immobilien

Matthias Fleischmann
Inhaber | Geschäftsführer

+41 71 626 51 51
info@fleischmann.ch
fleischmann.ch

Jetzt Reinhören
in die neuste Folge
«Formel F»

